

Kraauer Zeitung.

Nr. 215.

Donnerstag, den 20. September

1860.

Die „Kraauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechn. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

IV. Jahrgang.

Einladung zur Pränumeration auf die

„Kraauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1860 beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1860 beträgt für Kraau 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraau bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Nr. 12.972.

Vom Kraauer k. k. Oberlandesgerichte wird bekannt gegeben, daß der mit dem Erlasse des hohen k. k. Justiz-Ministeriums vom 5. April 1860, Z. 3994 im Uebersetzungswege mit dem Amte für die Rzeszów ernannte ehemalige Landeuter k. k. Notar zum Antritte des Amtes eines k. k. Notars im Sprengel des Rzeszower Kreisgerichts mit dem Amte für die Rzeszów ermächtigt ist.

Kraau den 17. September 1860.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. September d. J. den bisherigen Statthalterkreisleiter der aufgelösten Landes-Regierung in Kraau, Ernst Weber, zum Statthalterkreisleiter der böhmischen Statthalterei allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. September d. J. den Director des Katasters und der direkten Steuern in Benedig, Dr. Franz Ferro, bei seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand, in Anerkennung seiner langen, treuen und besonders ersprießlichen Dienstleistung, tarfrei den Titel und Charakter eines Präfecturathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat den Kreisgerichtsrath, Leonhard Sartisch in Larnow, zum Landesgerichtsrathe in Kraau zu ernennen befunden.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Lehramtskandidaten, Adalbert Leseticzky, zum wirklichen Lehrer an der k. k. Ober-Realschule in Troppau ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraau, 20. September.

Ueber die Warschauer Zusammenkunft bringt das „Nat.“ in einem Schreiben aus St. Petersburg vom 10. September folgende schätzenswerthe Mittheilung und Auffklärung: Soweit, wie die „Times“ uns neulich gemeldet, heißt es dort, sind die Sachen hier freilich noch nicht gebrochen, die Wunden schmerzen noch und es fehlt nicht an einer mächtigen Partei, die sie fortwährend blutend erhalten möchte. Dennoch ist, wie gesagt, eine veränderte Anschauung der Dinge in den leitenden Regionen hier unverkennbar. Wer das edle Herz des Kaisers Alexander, seine tiefe Religiosität, seine ihm als Erbtheil überkommene Anhänglichkeit an die Prinzipien des legitimen Rechtes kennt, sowie wir sie zu kennen glauben, wird keinen Zweifel darüber hegen können, wohin sich die Sympathien des erhabenen Herrschers neigen. Aber auch die von Gortschakoff gegenwärtig verfolgte Politik wird vielfach in einer so einseitigen, so entstellten Weise aufgefaßt, daß eine Berücksichtigung wohl am Platze sein dürfte. Wahr ist es, daß der Fürst die Last, womit die Stipulationen des 1856er Vertrages auf Rußland drücken, schmerzhaft empfindet und es als seine Lebensaufgabe betrachtet, sein Vaterland von diesen Fesseln zu befreien. Hierin denken aber alle Russen, mögen sie welcher Partei immer angehören, mit ihm gleich, und kein russischer Minister wird sich der Nothwendigkeit entziehen können, nach Erreichung dieses Zieles zu streben. Daß aber Gortschakoff darum die Gefahren, womit die Revolution auch Rußland bedroht, unterschätze, daß er selbst nach den neuesten Vorgängen noch gewillt sei, jedem von Paris ausgehenden Impulse zu folgen, dies erlauben wir uns zu bezweifeln. Kommt die Zusammenkunft der Herrscher Oesterreichs und Rußlands in Warschau zu Stande — und wie ich aus verlässlicher Quelle entnehme, herrscht hier kein Zweifel mehr darüber, — so wird im Gegentheile dem Fürsten Gortschakoff kein unbedeutendes Verdienst an einem Ereignisse

gebühren, das ganz dazu geeignet erscheint, die konservative Politik einmal wieder in festere Bahnen zu leiten. Ungerecht wäre es aber auch, hiebei mit Stillschweigen zu übergehen, daß die glückliche Wahl, welche Oesterreich durch Ernennung seines gegenwärtigen Repräsentanten in Petersburg getroffen, ein wechselseitiges Annähern der beiden Kabinete wesentlich erleichtert hat. Durch sein offenes loyales Auftreten, wie durch seine Geschäftserfahrung hat sich Graf Schun gewiß unter den schwierigsten Verhältnissen hier das nöthige Terrain zu erobern gewußt, und vom Throne angefangen kommt man ihm mit jenem Vertrauen entgegen, welches im diplomatischen Verkehr als die notwendige Vorbedingung jedes entsprechenden Wirkens erscheint.

Nach einer verschiedenen Zeitungen zugegangenen Mittheilung aus Frankfurt hätte Dänemark in Folge der von Herrn v. Schleinitz an das Kopenhagener Cabinet erlassenen Note, ohne diese zu beantworten, sich mit einem Memorandum an das Tuilerien-Cabinet gewandt, und zwar mit dem ausdrücklichen Wunsche, hiervon dem Berliner Cabinet durch seinen Vertreter in Berlin Mittheilung zu machen.

Die Zollvereinsstaaten Baden, Baiern und Großherzogthum Hessen haben, wie schon gestern erwähnt ihre Zustimmung zum Anknüpfen von Verhandlungen behufs Abschlusses eines Handelsvertrages mit Frankreich nicht ohne Vorbehalt gegeben. Die Hessische Regierung ermächtigt Preußen zu den fraglichen Verhandlungen, wünscht aber, daß auch ein Schiffsfahrtsvertrag und eine Handels-Convention gleichzeitig stipulirt, bez. zum Abschlusse gebracht würden. Baiern verlangt, daß bei dem Abschlusse eines Handelsvertrages zwischen Preußen und Frankreich die Frage wegen Gleichstellung der beiderseitigen Eingangsrollen für Bücher zur Sprache kommen solle, und wünscht, hierüber seiner Zeit weitere Mittheilungen zu erhalten. Es drückt die Zuversicht aus, daß der zwischen Preußen und Frankreich abzuschließende Schiffsfahrtsvertrag in der Absicht vereinbart werde, denselben in Gemäßheit des Separat-Artikels 20 zum Vertrage vom 4. April 1853, demnach den übrigen Zollvereins-Regierungen zugänglich zu machen. Baden legt großen Werth darauf, daß ihm die Möglichkeit geboten werde auf den Gang der Verhandlungen, so wohl bezüglich der von Frankreich gemachten Vorschläge, wie auch der seitens des Zollvereins geltend zu machenden Wünsche, jenen Einfluß zu üben, welcher ihm bei seinen Interessen als unmittelbarer Nachbar Frankreichs „unzweifelhaft gebühre.“ Auch beklagt Baden bei diesem Anlaß die Organisation des Zollvereins, welche eine Einstimmigkeit sämtlicher Zollvereins-Regierungen und nebstdem die Zustimmung der Stände eines jeden einzelnen Staates erheische, um einen derartigen Act zu Stande zu bringen, und behält sich weitere Aeußerungen über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer andern Einrichtung, bevor.

Der Staatsrath von Waadt hat an die Präfecten und durch sie an die Gemeinden und Bürger ein Rundschreiben erlassen, welches sich auf die an verschiedenen Orten vorgekommenen Beleidigungen der französischen Flagge bezieht und gegen Wiederholung warnt.

* Der nichtswürdige Angriff Piemonts auf den Kirchenstaat versteht Louis Napoleon in große Verlegenheit. Wie soll, wie kann er die Sympathien der hochkatholischen Bevölkerung Frankreichs schonen und zugleich dem mit dem Eximvire der Revolution geschlossenen Pact gerecht werden? Der Kaiser zittert vor dem Gedanken, daß Seine Heiligkeit Rom verlasse und seinen heuchlerisch hochgepriesenen Schutz, der wie der Mantel des Bettlers nicht ausreichen will, den ganzen Leib zu bedecken, als eine Insulte, als die stillschweigend eingestandene Billigung des Raubattentates zurückweise. „Es ist gewiß,“ schreibt man der „N.P.“ aus Paris, „daß der Papst bei den ersten Drohungen Piemonts Rom verlassen wollte — daher auch die Verstärkung der französischen Besatzung daselbst und die Rückkehr des Generals Goyon. Man suchte den Papst zu beruhigen. Vor einem Handstreich Garibaldi's ist Pius IX. jetzt allerdings geschützt, nicht aber vor den Umtrieben, den Intriguen und den Injurien der revolutionären Ausgesessenen, der ihm seinen Aufenthalt in Rom unerträglich zu machen verstehen wird. Schon jetzt sind Agenten in die nächste Umgebung der Stadt geschickt worden, um den Ausfall vorzubereiten. Es ist absurd, hinfüro von der „Unabhängigkeit“ des Papstes zu sprechen; doch glaube ich nicht, daß Frankreich

ihn mit Gewalt verhindern wird, Rom zu verlassen.“ Wie gestern erwähnt, hat der „Constitutionnel“ einen Artikel bringen müssen, welcher dem Papste die Folgen einer „ehelichen“ Flucht vorstellte. Die Franzosen wollen den Papst in Rom halten, weil sie vom Papst in Rom gehalten werden sollen. Die „Flucht“ des Papstes würde aber dem Kaiser Louis Napoleon den Vorwand für die Anwesenheit seiner Truppen in Rom und Civita vecchia, für die beinahe schon gelangene Erschleichung eines Pivots in Italien, eines italienischen Algeriens rauben, würde ihn zwingen, mit seinen wahren Motiven hervorzutreten, oder was eben so unbequem, neue zu erfinden. Die „Flucht“ des Papstes würde deutlich der Welt zeigen, daß es nicht die „Sache des Papstes“ ist, für welche, wie der „Constitutionnel“ eben so heuchlerisch als pathetisch sagt, die Kinder Frankreichs als Soldaten und Christen werden sterben müssen. Die Sache des Papstes war von Louis Napoleon verrathen, als er zugegeben, daß der erste piemontesische Soldat den Boden der Legationen betrete. Man wird die Maske behalten, solange es möglich ist, dann aber auch ungeschönt die Stirne zeigen. Man braucht nur die Sprache der „Opinion nationale“ zu hören, die sich schon auf die Flucht des Papstes freut, um die wahre Gesinnung der Regierung zu erfahren. Wie wahr sagt nicht Rousseau: En parcourant tous les siècles les Français ont toujours et partout commencé par séduire et fini par se faire détester.

Aus Rom wird gemeldet: Man berichtet, der Papst werde in einem Manifeste die katholischen Mächte zum Beistande anrufen. Französische Compagnien nahmen Theil an der Unterdrückung des Aufstandes in Viterbo. (Viterbo liegt in dem Gärthchen, welches Frankreich huldvoll dem Papst lassen will.)

Wie dem Reuterschen Bureau gemeldet wird, hat Herr Nigra Herrn Thouvenel eine confidentielle Depesche der sardinischen Regierung überreicht, in welcher auseinandergesetzt wird, daß die Occupation der Marken das einzige Mittel gewesen sei, um einen Zusammenstoß zwischen Franzosen und Garibaldianern zu vermeiden. (Soviel wir wissen, führt der Weg von Neapel nach Rom weder durch Umbrien noch durch die Marken.)

Die bekanntlich von Pariser Blättern gemeldete Abreise des Königs von Neapel von Gaeta am 12. wird nun auch vom „Journ. des Debats“ als sehr zweifelhaft bezeichnet. Seine Turiner Korrespondenz vom 13. zweifelt gar nicht daran, daß der König sich mit 25.000 Mann in Gaeta befinde. Von Neapel nach London geschickte Depeschen vom 11. melden zwar, daß der König beabsichtige, mit seiner Armee Gaeta zu verlassen, aber um sich mit La Moricière zu vereinigen. Wir fügen hinzu, daß die uns vorliegenden italienischen Blätter vom 13. hinsichtlich des Königs von Neapel ein vollständiges und jedenfalls auffallendes Schweigen beobachten.

Wir wissen noch immer nicht, schreibt die „Neue Preuss. Ztg.“ zur Situation: ob König Franz II. Gaeta verlassen hat oder nicht und ob er noch über Truppen verfügt; wir wissen nicht, ob Garibaldi's Bruch mit dem König-Ehrenmann, d. h. der Sieg des Mazzinismus über den Savoirismus, des Königs über den Schakal, näher oder ferner ist; wir wissen nicht ob General Lamoricière durch die zahlreichen kleinen Aufstände, die er doch vorhersehen mußte, wirklich den piemontesischen Truppenführern den Gefallen gethan hat, seine Truppen zu zerstreuen und ihnen dadurch den Sieg auf die humanste Weise zu erleichtern; wir wissen nicht, ob Lamoricière in Ancona eingeschlossen, oder, wie andere versichern, von dieser Seefestung abgeschnitten ist. Wir wissen das Alles nicht; aber wir wissen, daß die Revolution ihren blutigen Gang vorwärtsgeht; gestern hat sie Neapel zertreten, morgen wird sie ihren Fuß auf Rom setzen, und die neapolitanischen Schiffe, mit dem Savoyerkreuz an der Gaffel, die im Namen der Revolution an die Thore Venedigs pochen sollen, sie sind schon unter Segel. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß ein Angriff auf Oesterreich, und zwar nicht nur in Venedig, nur noch eine Frage der Zeit ist. Weder in Italien, noch zu Paris zweifelt ein Mann daran, nur der liberale deutsche Philister in seiner tiefen Weisheit will das nicht glauben, — der verehrt seinen Garibaldi mit der rothen Blouise beinahe eben so, wie den Schaupspieler, der den Masaniello darstellt. Der Revolutionsbrand schlägt in hellen Flammen aus dem Dache des Nachbarn; der deutsche Liberalismus aber

freut sich über die malerische Beleuchtung! Unverbesserliches Geschlecht!

Aus Palermo, 8. September wird geschrieben: Wir ernten von den Mähen und Strapazen saure Früchte. Nicotera, Sacchi, Brusco Dunis, Richelmi, Giannelli, Castelli und viele andere Offiziere des Generalstabes haben ihre Entlassung genommen. Crispi hat gestern wieder seine Entlassung eingereicht, weil er sehen mußte, daß im Rathe der Regierung mehr die Intriguen des Grafen Cavour und sein Einfluß entscheiden, als das Programm Garibaldi's. Man kann sagen, daß eigentlich Hr. Cordova, der frühere Redacteur des „Risorgimento“, die Insel regiert. Dieser Mann, aus der alten Turiner Schule, arbeitet aus Leibeskräften für den sofortigen Anschluß an Piemont, und hofft dann auch ein Portefeuille zu bekommen; die öffentliche Meinung und Garibaldi's Wille sind aber entschieden dagegen. Von dem Zustande des Landes wollen wir gar nicht sprechen. Alle Leidenschaften kochen, die Verbrechen werden immer häufiger die Administration ist ein Chaos.

Neuere Nachrichten aus Palermo vom 12. d. besagen: Die Angelegenheiten verwickeln sich. Die Mazzinisten gewinnen an Boden; dreiunddreißig Anexionisten, Cavour's Emisäre, sind verhaftet, unter diesen Adv. Xirito, Oberst Porcelli, Sacca, Josef Vergara, Baron Capuzzo, Lieutenant Paternostro. Der Deputirte Bottero (der von Cavour gefendet ist) begab sich auf das sardinische Schiff „Monzambano“ zurück.

Ein Turiner Blatt, „Nazione“, enthält einen Brief aus Neapel vom 10. an den Minister Farini gerichtet, wonach das Land sich nicht Piemont, sondern Italien geben und Victor Emanuel als König anerkennen wolle, aber als König von Italien, mit der Hauptstadt Rom. Die Turiner Depesche über die Proklamirung Victor Emanuels und seiner Dynastie in Neapel war jedenfalls verfrüht.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 10. September 1860.

(Fortsetzung.)

Reichsrath Maager: „Ich finde mich nicht im mindesten berufen zu einem dogmatischen Streite; ich erlaube mir aber in Bezug auf die an mich gestellte Aufforderung des Herrn Reichsrathes Grafen Clam, wie ich den von ihm angedeuteten Widerspruch zu lösen vermöchte, ganz einfach die Antwort zu ertheilen: ich bin Protestant, ich glaube, die katholischen Dogmen sind nicht erst seit dem Konkordate entstanden, sondern sie existiren, seitdem die katholische Kirche besteht. Wie ist es nun bei diesen katholischen Dogmen möglich gewesen, daß in Siebenbürgen, wo die Reziprozität, die vollkommenste Gleichheit und Parität unter den 4 christlichen Konfessionen Jahrhunderte lang gelte worden sind, daß dort das Dogma nicht gelitten hat? Eben dort ist der Versuch praktisch durchgeführt worden, daß die vollkommene Gleichberechtigung der Protestanten mit dem Dogma der katholischen Kirche sich ganz gut vereinbaren lasse. Es ist also die Frage, welche ich zu beantworten aufgefordert worden bin, durch die Geschichte bereits beantwortet worden. Ich erlaube mir nur ganz kurz auf die Interpretation des Herrn Bischofs Stroßmayer zurückzukommen. Ich habe nicht die katholische Kirche angegriffen; es sei dies ferne von mir. Ebenfalls habe ich gewünscht, den kirchlichen Frieden und die Eintracht zu fördern, im Gegentheile, ich bin ein Mann des Friedens, ich bin es jetzt und will es sein bei jeder Gelegenheit. Wenn ich aber im Allgemeinen gesagt habe, der Grundsatz der Gleichberechtigung ist nicht durchgeführt, weder in Beziehung auf die Genüsse, deren sich die eine Kirche im Vergleich mit der anderen vom Staate erfreut, noch auch in Beziehung auf die konfessionellen und dogmatischen Angelegenheiten, wenn ich diese Behauptung nicht nur ausgesprochen, sondern auch bewiesen habe, dann glaube ich im Rechte zu sein, wenn ich es offen sage, daß von Seite der katholischen Kirche, oder vielmehr von Seite der Geistlichkeit der katholischen Kirche Uebergriffe gegen die protestantische Kirche vorkommen. Ich habe einen Beweis dafür in Händen. Es ist ein amtlich beglaubigtes Zeugniß, oder besser gesagt, eine amtlich beglaubigte Heirathslizenz vom F.M.E. Baron Melzer am 3. April d. J. in Lemberg ausgestellt, der zufolge ein Sackse, aus Kronstadt gebürtig, evangelischer Religion, mit einer Frau aus Schäßburg in Siebenbürgen, katholischer Religion,

sich verheirathen soll. Die Lizenz wurde erteilt, aber nur unter der Bedingung, daß sämtliche aus dieser Ehe hervorgehenden Kinder beiderlei Geschlechts in der römisch-katholischen Kirche erzogen werden sollen. An diese Entscheidung erlaube ich mir eine Bitte, insofern dies schon jetzt thunlich ist, anzureihen und an den eben berührten Gegenstand einen anderen, nicht außer dem Zusammenhange liegenden fernerer Antrag zu knüpfen. Mir sagt es mein Gefühl, daß diese Frage so lange nicht gelöst werden kann, namentlich nicht gründlich und zur Zufriedenheit der Katholiken, so lange die strengen Bestimmungen des Konkordates aufrecht bestehen. Ob die Katholiken Oesterreichs sammt und sonders mit dem Konkordate einverstanden seien, will ich außer Frage stellen, daß aber das Konkordat unter den Protestanten Oesterreichs und in ganz Deutschland die bittersten Anfechtungen erfahren hat und noch gegenwärtig erfährt, das ist gewiß.

„Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, es möge, da die Durchführung einer vollkommenen Gleichheit in konfessioneller Beziehung bei den gegenwärtigen Bestimmungen des Konkordates durchaus nicht möglich ist, der hohe Reichsrath sich zu dem Beschlusse einigen, an Se. Majestät den Kaiser die allerunterthänigste Bitte zu stellen, daß das Konkordat selbst einer Revision zu unterziehen wäre.“

Graf Szécsen. „Ebenso wie den Vorredner Grafen Clam hat mich der Gang der heutigen Debatte von der Richtigkeit der Ansicht überzeugt, die das Komitee bewogen hat, einen großen Theil jener Fragen, welche die Kirchen- und Schulangelegenheiten betreffen, der definitiven Regelung der inneren Organisation der Monarchie vorzubehalten. Meinerseits hätte ich in Betreff der Kirchen- und Schulangelegenheiten in Ungarn, namentlich in Beziehung auf die letzteren, zahlreiche bestimmte Anträge, Bemerkungen und Bedenken in Betreff des jetzigen Zustandes vorzubringen. Weil ich aber von der Ueberzeugung geleitet bin, daß die befriedigende Entscheidung, der hier obwaltenden Schwierigkeiten mit der Lösung der Frage der inneren Organisation der Monarchie zusammenhängt, so glaube ich mich neuerdings auf den ursprünglichen Antrag des Komitees mit jenen Erläuterungen beziehen zu müssen, welche Graf Clam beantragt hat und welche den Bedenken und Besorgnissen vieler verehrter Mitglieder des h. Reichsrathes begegnen dürften.

„Von dem Herrn Bischofe von Schaguna ist außerdem noch ein Punkt berührt und der Wunsch ausgesprochen worden, daß für die Angelegenheiten der Griechisch-orientalischen Religion im Ministerium des Kultus eine eigene Sektion errichtet werde.“

„Wenn man die Lösung aller dieser Fragen jener der inneren Organisation der Monarchie vorbehalten will, so dürfte es zwar nicht geeignet sein, die Verwirklichung dieses Wunsches an die innere Organisation des jetzt bestehenden Kultusministeriums anzuknüpfen, doch schließe ich mich vollkommen der prinzipiellen Ansicht an, daß der Grundsat ausgeprochen werde, bei Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten des Griechisch-orientalischen Bekenntnisses möge auch in den höheren Verwaltungssphären den Angehörigen dieser Kirche eine entscheidende Mitwirkung gewahrt werden.“

„Was die vom Reichsrathe Maager berührte Frage betrifft, bin ich weit entfernt, die Wichtigkeit derselben und die große Bedeutung, die sie für den Bestand und das Interesse der Monarchie hat, zu verkennen; — aber auch in dieser Beziehung muß ich mich durch die Formulierung, die Graf Clam beantragt hat, völlig befriedigt erklären. Jeder Versuch, in speziellere Formulierungen einzugehen, würde einerseits die moralische Kompetenz des jetzigen Reichsrathes überschreiten, ihn in Fragen heikliger Art verwickeln und von der reiflichen Erwägung seiner Aufgaben entfernen, andererseits aber eine entsprechende und genügende Lösung dieser Fragen doch nicht sichern.“

„Ich zähle mich mit Stolz einem Lande zu, wo man seit Jahrhunderten konfessionelle Fragen und Interessen in einer Art und Weise zu behandeln verstand, welche trotz der Widersprüche und des Gegenfases der Meinungen, Ansichten und Bestrebungen schließlich doch zu gleichmäßiger Anerkennung der Rechte geführt hat. Gerade aber, weil ich einem solchen Lande angehöre und gerade weil diese Fragen oft, und zwar nicht erst seit der Publication des Konkordates, sondern schon bei den früher bestandenen Gesetzen der Gegenstand heiklicher Debatten waren, muß ich auf Grundlage meiner Erfahrungen gegen die beantragte allgemeine und unbestimmte Formulierung mich aussprechen. Die Erinnerung an jene Diskussionen, welche am Ungarischen Landtage stattfanden und zum Theile zur gründlichen Lösung dieser schwierigen Frage führten, muß einem jeden damit Vertrauten die Ueberzeugung aufdringen, daß mit dem einfachen Ausspruche der Idee der Gleichberechtigung der Konfessionen, insbesondere wenn man es unterläßt, die Beschränkung hinzuzufügen — „innerhalb des Geistes ihrer Prinzipien und Institutionen“ — eine wirkliche Lösung nicht erreicht werden kann. Die Schwierigkeit der Frage liegt nicht darin, daß den verschiedenen Konfessionen das Recht zuerkannt werde, sich auf ihrem Gebiete frei und ungehindert zu bewegen; sie beginnt da, wo sich dieselben in einer Weise begegnen, die den Gegensatz ihres Geistes und die Ungleichheit ihrer Glaubensprinzipien zur Erscheinung bringt. Wenn es in einzelnen Epochen der Geschichte, in einzelnen Ländern durch einzelne Gesetze möglich war, scheinbare Lösungen durch eine nachgiebige oder laxere Praxis zu verwirklichen, so hat sich doch in allen Fällen, wo der eigenthümliche Geist der verschiedenen Religionsbekenntnisse miteinander im Widerspruche steht, herausgestellt, daß dieses Befriedigen und Umgehen der Gegensätze keine wirkliche Vermittlung war. Wenn diese Gegensätze dann plötzlich hervortraten, so hat gerade diese lang bestandene

scheinbare Lösung die Schwierigkeiten der Frage nur noch vermehrt und gesteigert, weil es sich dann nicht bloß um den Gegensatz prinzipieller Anschauung, sondern auch um die Befriedigung lang gewohnter Praxis handelte.

„Ich brauche in dieser Beziehung die Frage der gemischten Ehen in Ungarn nicht näher zu berühren, welche ein Gegenstand jahrelanger Verhandlungen der Landtage und der Regierung war, und deren Lösung Schwierigkeiten bot, hinsichtlich welcher es endlich der damaligen Regierung im Zusammenwirken mit dem Lande und mit Zustimmung der Römischen Kurie nur mit der größten Anstrengung gelang, eine wenigstens annähernd befriedigende Lösung zu finden. Wo es sich um dogmatische und prinzipielle Bedenken und Gegensätze handelt, es mögen diese was immer für eine religiöse Gesellschaft oder Genossenschaft betreffen, ist mit dem Proclamieren allgemeiner Grundsätze nichts gethan, und eben deshalb bin ich der Ueberzeugung, daß die Behandlung dieser Frage auf dem vom Reichsrath Maager betretenen Felde nicht zur Lösung, sondern nur zu neuen Verwicklungen führen würde.

„Das Aussprechen allgemeiner Grundsätze, deren Anwendung durch die Allgemeinheit noch nicht gesichert ist, wäre bloß ein Schlagwort mehr, das weder zur Beruhigung der Gemüther noch zur Lösung der großen Fragen führen würde, die uns beschäftigen. Ich wünsche, daß jeder Konfession ihr Recht gesichert würde, — die Traditionen meines Vaterlandes, wo die Rechte der Protestanten gegenüber den Katholiken eine in den Hauptfachen entsprechende Regelung gefunden hatten, und wo seit Jahrhunderten dafür gekämpft worden war, daß beiden Konfessionen gleiche Rechte eingeräumt werden, müssen in mir den Wunsch rege machen, daß auch in den andern Ländern der Monarchie den Protestanten daselbe Recht gewährleistet werde; trotzdem muß ich mich aber dagegen aussprechen, daß durch allgemeine, vieldeutige Worte nur ein neuer Stoff zu Zwistigkeiten und Differenzen gegeben, und daß die große Aufgabe des Reichsrathes, die Lösung der Hauptfrage der inneren Organisation der Monarchie, durch nicht klar begränzte Anträge erschwert und in weite Ferne gerückt werde.

„Was den späteren Antrag des Herrn Reichsrathes Maager betrifft, so dürfte wohl die Mehrzahl der hier anwesenden Reichsrathsmmitglieder der Ansicht sein, daß, wie weit man auch die Grenzen der Kompetenz des Reichsrathes stecken möge, die Befürwortung dieses Antrages nicht zu den Aufgaben des Reichsrathes, und namentlich nicht zu seinen dringendsten Aufgaben gehören könne.“

Reichsrath von Szalay: „Indem ich heute das erste Mal die Ehre habe in dieser hohen Versammlung meine Stimme zu erheben, fühle ich mich verpflichtet, zwei Bemerkungen zu machen. Zuerst muß ich gestehen, daß ich der deutschen Sprache nur in sehr beschränktem Maße mächtig bin; ich bin daher gezwungen, jene Bitte um Entschuldigung, welche in dieser Beziehung der Herr Reichsrath Maager in der zweiten Sitzung des hohen Reichsrathes vorgebracht hat, auch zu meinen Gunsten zu wiederholen. Die zweite Bemerkung ist die, daß ich jene Ansicht, welche Herr Graf Apponyi in der ersten Sitzung des verstärkten Reichsrathes bezüglich der Präzisierung seiner Beziehungen und seiner Stellung zu jenem Lande, für welches er durch die Allerhöchste Gnade Sr. Majestät hiefür berufen wurde, vorgetragen hat, auch für mich selbst dem Lande gegenüber, dem ich angehöre, die Ehre habe, vollkommen theile und derselben beitrete. Ich muß dies hier um so mehr erwähnen, da der Antrag des Herrn Reichsrathes Maager eben mit spezieller Beziehung auf Siebenbürgen vorgebracht wurde. Was nun diesen letzteren Antrag betrifft, so unterschreibe ich denselben mit beiden Händen, jene Vorwürfe ausgenommen, wenn sie so genannt werden können, welche der katholischen gemacht wurden und zu deren Beurtheilung ich mich hier durchaus nicht berufen erachte. Auch ich unterschreibe den Antrag auf Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse überhaupt und insbesondere für Siebenbürgen, und zwar umso mehr, als dieses Land schon vor Jahrhunderten in den damals abgeschlossenen Verträgen sowie in den später zu Stande gekommenen, vom Herrn Reichsrath Maager citirten Gesetzen die schönsten Beweise echt christlicher, der verschiedenen Nationalitäten und Religionsgenossenschaften vereiniger Brüderlichkeit geliefert hat; indem ich aber glaube, daß, wie schon Graf Szécsen richtig bemerkte, diese große Frage hier nicht mit einem Federstriche entschieden werden könne, so schließe ich mich der Ansicht der Herren Grafen Szécsen und Clam an.

„Uebrigens fühle ich mich freudig veranlaßt zu erklären, daß ich in der Berufung des Reichsrathes Maager auf die früheren Verträge und Gesetze, welche damals zwischen dem Allerhöchsten Kaiserhause und dem Großfürstenthume Siebenbürgen zu Stande gebracht worden sind, für mein Vaterland und mich selbst den sichersten Trost für die Zukunft erblicke. Es erweckt dies mir die zuversichtliche Hoffnung, daß diese Verträge und Gesetze ebenso wie für jene Nation, deren Interessen Herr Maager heute vertheidigt, auch für alle übrigen Völkergemeinschaften Siebenbürgens, wenn ich oder ein Anderer uns auf jene Verträge und Gesetze berufen sollten, gleiche Geltung finden werden.“

Reichsrath von Mocsonyi: „In Beziehung auf das Budget des Ministeriums für Kultus und Unterricht schließe ich mich den Andeutungen Sr. Excellenz des Herrn Bischofs Freiherrn v. Schaguna an und indem ich den Vortrag des Herrn Baron Petrinö unterstütze, kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß zur Befriedigung der Erfordernisse für Kultus und Unterricht für die zur griechisch-orientalischen Kirche gehörigen Bevölkerungen seit einer Reihe von zehn Jahren durch diese Bevölkerungen vier Millionen beige-

steuert wurden, ohne daß für Kultus und Unterricht derselben irgend welche nennenswerthe Summen verwendet worden wären, wogegen für die übrigen Konfessionen im Banat und für den größten Theil der Serbischen Wojwodschast jährlich ein Betrag von nahezu 94.000 fl., somit in zehn Jahren fast eine Million verwendet worden ist. Ja ich muß erklären, daß für die Romanen und Serben im Temeser Banat und in der Wojwodschast nicht nur keine höheren Bildungsanstalten vorhanden, sondern daß selbst am Temesvarer Gymnasium angestellte Professoren so karg dotirt sind, daß sie, um ihr Leben zu fristen, sich gezwungen sehen, anderweitige Nebengeschäfte zur Deckung ihres Unterhaltes zu betreiben. Im Araber und Großwardeiner Komitate sind, ungeachtet die Mehrheit der Bevölkerung aus Romanen besteht, nicht einmal Lehranstalten für die romanische Sprache vorhanden. Ich will ferner auch nicht die Art und Weise erwähnen, in welcher dort die Prophetenmacherei betrieben wird, durch welche die romanischen Völker zur größten Demoralisation verleitet und veranlaßt werden, die gewohnte Achtung vor der Religion selbst abzulegen, so wie die angeborene gewohnte Hochachtung für Se. Majestät hintanzusetzen, nachdem die meisten dieser Mißbräuche gerade im Namen Sr. Majestät geschehen. Ich bin weit entfernt, mit dieser Bemerkung meinen Connationalen zu nahe treten zu wollen, allein ich halte es für meine Pflicht, diese Uebelstände zur Kenntniß des hohen Reichsrathes zu bringen, damit denselben abgeholfen werde.“

Reichsrath Graf Bärköczy: „Vor Allem sei es mir gestattet, dem Herrn Baron Petrinö meinen Dank für die vielen Daten auszusprechen, die er dem hohen Reichsrathe mitgetheilt hat. Sie haben mir als ein neuer Beweis gegolten und ich nehme sie als solchen auf, wie unmöglich die Erfüllung der Aufgabe eines Kultus- und Unterrichtsministeriums im österreichischen Kaiserstaate an und für sich ist.

„Dieselben Uebelstände und vielleicht in noch größerem Umfange sind bei uns in Ungarn vorhanden. Ich will die sprachlichen Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten, die befohlen worden sind, nicht mehr näher berühren und diesen Gegenstand nicht weiter als ein Object der Debatte verfolgen, da auch ich mit den Anträgen der Herren Grafen Clam und Szécsen vollkommen einverstanden bin.

„Alle die großen Principienfragen, welche in der österreichischen Monarchie ihrer Lösung harren und alles das, was jeden Ungar schwer bedrückt, in Betreff welcher Fragen gegen das Kultusministerium (ich sage gegen das Ministerium, nicht gegen den Kultusminister, indem ich von jeder Persönlichkeit absehe) seit vielen Jahren Klagen und Beschwerden vorgebracht wurden, gehören auf ein und dasselbe Feld. Die vielen Daten, welche Herr Baron Petrinö angeführt hat, werfen ein helles Licht auf die bisherige Geschäftsführung von Seite des Kultus- und Unterrichtsministeriums. Dieselbe wird auch durch die im Budget zusammengestellten Siffern ziemlich klar beleuchtet. Es sind hier nach Kronländern 5 Millionen vertheilt, welche das Budget des genannten Ministeriums ausmachen. Bei diesen 5 Millionen ist es nun wirklich sonderbar, daß in Betreff der Stiftungen für den Kultus zwischen den einzelnen Provinzen gar keine Analogie stattfindet. So ist z. B. Ogalizien mit 850.000 fl. verzeichnet. Ich sage nicht, daß diese Siffer zu groß sei für Ogalizien. Nein, es wäre das Doppelte noch zu gering für diese Provinz, um das einzubringen, was die Bureaucratie dort verschuldet und um das Versäumte von früheren Jahren wieder nachzuholen; aber ich nehme diese Siffer im Vergleiche mit Ungarn. Von dem Budget von 5 Millionen entfällt für Ungarn und die anderen Länder der ungarischen Krone, somit fast auf das halbe Territorium der Monarchie nicht der zehnte Theil des Vorschlages. Nun frage ich, ob es gerecht und mit den Grundsätzen der Billigkeit übereinstimmend sei, die Centralleitung bei einem so wichtigen Gegenstande, wo so viele Kultusstiftungen und Fonds zu administriren sind, lediglich den Behörden zu übertragen, während keine Landesvertretungen bestehen, um den gehörigen Einfluß und die entsprechende Ueberwachung zu üben. Mir sind also, wie gesagt, die Siffern und Daten des Herrn Baron Petrinö gerade ein neuer Beweis dafür, wie wenig bei der jetzigen Leitung des Kultus und Unterrichtes die Aufgabe desselben erfüllt werden kann. Die prinzipielle Debatte in dieser Beziehung behalte ich mir auf einen späteren Zeitpunkt vor.

„Die Äußerungen des Herrn Reichsrathes Maager sind mir in einer anderen Beziehung sehr merkwürdig. Derselbe hat anerkannt, daß auf dem Wege des historischen Rechtes oft die wirkliche Freiheit mehr gewahrt sei, als auf dem anderen Wege der Centralisation. Gab es wohl im Jahre 1780, dessen der Herr Reichsrath Maager erwähnte, ein Kultusministerium? Schwerlich. Seit wann existiren die Eingriffe in die Protestanten-Frage? Seit dem Konkordate? Nein, ich glaube nicht. Das Konkordat hat in dieser Beziehung keine neue Basis geschaffen; die Stellung und das Recht der Protestanten war in Ungarn seit Jahrhunderten gewahrt und nicht das Konkordat, sondern nur der Einfluß des Ministeriums und die vielen Erlasse und Verordnungen haben in jener Beziehung maßgebend eingewirkt. Möge man die Gesetze vom Jahre 1780 bis 1791 genau im Auge behalten und die Ueberzeugung gewinnen, daß die Autonomie der Provinzen und Kronländer die Freiheit und Gleichstellung der Religionsgenossen bei weitem mehr wahrte als alle übrigen Einführungen des Kultus- und Unterrichtsministeriums.

„Zugleich kann ich hier nicht unbemerkt lassen, daß nicht mit formellen Ausdrücken die freie Stellung der Konfessionen gesichert werde und daß jede prinzipielle Gleichstellung nur Vermirrung erzeugen würde, besonders in Oesterreich, welches ein wahres Chamäleon von

Nationalitäten ist. Ich kann in dieser Beziehung nur die Ansicht des Herrn Grafen Szécsen als vollkommen richtig anerkennen, indem ich beifüge, daß es mich freuen wird, wenn einmal der Zeitpunkt kommt, wo wir in Oesterreich die von Allen sehnlich erwartete Gleichstellung der Religionen erlangen werden.

„Was den mit 95.000 fl. angegebenen Posten der Unterstützungs-Pauschalien für die Evangelischen in Ungarn betrifft, so will ich denselben keineswegs zum Anlasse nehmen, über die wichtige Angelegenheit der Protestanten in Ungarn hier irgend etwas zu sagen; ich glaube aber, daß in Erwägung der bedrängten Finanzverhältnisse der Monarchie und der Erfahrungen, die wir seit dem 15. Mai d. J. gemacht haben, jene Post einfach aus dem Budget gestrichen werden sollte.“

Reichsrath Graf Hartig bemerkte, daß es sich hier um verschiedene Fragen handle, die eine weit größere Tragweite besäßen, als der in der Erörterung befindliche Abgang des Komitees. Dieselben seien zu meist nicht Principien-, sondern solche Fragen, welche die Anwendung von Principien betreffen. In dieser Beziehung sei der Reichsrath nicht in der Lage, Sr. Majestät irgend etwas anderes einzurathen, als daß, so lange ein Kultusministerium besteht, die in sein Ressort einschlagenden Fragen demselben zur gründlichen Prüfung und Erörterung zugewiesen werden mögen. Wenn man ferner behaupte, es sollten die allgemeinen Grundsätze der Gleichberechtigung nicht ausgesprochen werden, so würde dies die Zumuthung enthalten, als beabsichtigten Se. Majestät, jenen wiederholt kundgegebenen Grundsatz zurückzunehmen. Man sei in dieser Beziehung auch durch mehrere Staatsverträge gebunden, die nicht mehr das volle Recht offen lassen, lediglich nach eigenem Ermessen zu entscheiden. So bestehe ein Staatsvertrag mit dem heiligen Stuhle und ein gleiches gelte hinsichtlich Böhmens, welches von jeher ein Theil des heiligen römischen deutschen Reiches und früher ein Kurfürstenthum gewesen sei, so wie es noch gegenwärtig zu den Ländern der deutschen Bundesstaaten gehöre. Auch in der Deutschen Bundesakte seien über die religiöse Gleichberechtigung bestimmte Grundsätze ausgesprochen. Eine Erörterung über den hier in Rede stehenden Punkt gehöre nicht auf das Feld und zur Kompetenz des Reichsrathes, sondern auf das Gebiet der Administration und vor die mit letzterer betrauten Organe.“

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. September. Se. Maj. der Kaiser ist heute Früh von Schönbrunn nach Wien gekommen und hat mehrere Erzherzoge, Minister und Generale empfangen.

Ihre Majestät die Kaiserin haben den unter der Leitung des Central-Vereines stehenden Kinder-Bewahranstalten Wiens 400 fl. allergnädigst zuzuwenden geruht.

Ihre kaiserl. Hoheiten der Erzherzog Franz Carl, die Frau Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig Victor reisten am 16. von Salzburg nach Litz ab.

Se. k. Hoheit der Herzog von Modena Franz V. ist in Vassano eingetroffen, um die ihm treugebliebenen Truppen zu inspiciiren, die ihn unter Freudenbezeugungen empfangen.

Ihre kais. Hoh. Erz. Albrecht und Hildergarde sammt Familie werden Ende Oktober von der Weiburg übersiedeln. Se. kais. Hoheit Herzog von Modena wird erst Ende Oktober aus Italien hieher zurückkehren, während die Frau Herzogin aus München hier eintreffen wird.

Ihre Majestät die Königin Marie von Neapel wird hier erwartet. Höchstensoll dieser Tage von Gaeta in Triest eintreffen, und begiebt sich sodann über Wien zum Besuche höchster Eltern nach Pöfinghofen.

Der k. österreichische Gesandte am k. neapolitanischen Hofe Graf Emerich Schekhenyi befindet sich noch in Gaeta, wenigstens sind, wie das „Vaterland“ meldet, gestern von Seite seiner Familie von hier noch Briefschaften dahin expedirt worden.

Der k. russische Gesandte Herr von Balabine wurde von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen. Derselbe hat, nach der „West. Z.“ in Erwiderung auf die Mittheilung von dem (am 11.) zu Ehren des Namensfestes Sr. Maj. des Kaisers Alexander am k. k. Hofe stattgefundenen Galadiner aus Petersburg auf telegraphischem Wege den Auftrag erhalten, im Namen seines Monarchen Sr. k. k. apostol. Majestät für diese Aufmerksamkeit zu danken.

Der k. französische Gesandte am hiesigen Hofe Marquis de Moustier, dessen Urlaub mit Mitte September zu Ende ging, hat seinen Aufenthalt in Paris verlängert und wird erst Anfang Oktober hier erwartet.

In der Sitzung des verstärkten Reichsrathes vom 18. d. kam Minister Graf Thun auf das Concordat und die Beschwerden des Freiherrn Petrinö wegen der nichturnirten Griechen zurück. Er läugnete, daß im Schulwesen aus Anlaß des Concordates Uebergriffe stattgefunden haben, und vertheidigte das Concordat, welches der katholischen Kirche ihre Autonomie zurückgegeben habe. Der Reichsrath selbst dringe auf die Durchführung des Principes der Autonomie bei den Körperschaften; daher könne auch die erste aller Körperschaften, die katholische Kirche, ebenfalls Autonomie ansprechen. Die Bedeutung des Concordates liege in der Wiederherstellung der Geltung des canonischen Rechtes innerhalb des Gebiets der Kirche. Die Bischöfe Ungarns hätten bei der Bischofsversammlung in Wien ihre Mitwirkung zur Durchführung des Concordates zugesagt. Graf Thun bebauert, daß die Protestan-

tenfrage im Reichsrathe angeregt worden ist, indem dieselbe den geistlichen Frieden störe. Er behauptete, diese Angelegenheit sei jetzt auch äußerlich darauf beschränkt, was sie ihrem Wesen nach ist, nämlich ein Meinungskampf der Protestanten über ihre inneren Angelegenheiten. — Der Reichsrath fuhr sodann in der Budgetberatung fort. Er sprach sich für die Einführung der Malzsteuer statt der bisherigen Biersteuer aus. Die Höhe der Zuckersteuer wurde beklagt. Verschiedene Industriezweige, insbesondere landwirtschaftliche, wurden kräftigerem Schutze empfohlen; dabei wurde die Wiedererrichtung des Handelsministeriums abermals angeregt. Reichsrath von Plener erklärte als seine Privatan sicht, daß er diese Wiedererrichtung des Handelsministeriums für äußerst wünschenswerth erachte. Ein Antrag Barocky's, der Regierung eine Herabminderung des Salzpreises anzupfehlen, wurde angenommen.

In der Sitzung vom 19. d. beschäftigte sich der Reichsrath im weiteren Verlaufe der Budget-Berathungen mit dem Tabaks-Monopol. Der Ausschuss forderte, daß bessere Tabaks-Sorten gebaut werden möchten, damit das Bedürfnis des Imports der ausländischen Waare vermindert, der Export der inländischen Waare hingegen erleichtert werde. Graf Rechberg erklärte, daß die Regierung bereit sei diesem letzteren beizupflichten. Der Reichsrath gibt zu, daß gegenwärtig eine Aufhebung des Tabakmonopols unstatthaft sei, trägt jedoch darauf an, die Regierung möge die Möglichkeit ins Auge fassen, dasselbe in Zukunft aufzuheben. Ueber Antrag des Grafen Barocky, es möchten in Berücksichtigung der großen Belastung der Presse durch die Inzeraten-Steuer und den Zeitungsstempel, diese beiden Lasten vereinigt resp. vermindert werden, erklärt der Ministerial-Vertreter Herr v. Plener, daß die Finanzlage des Staates die Ermäßigung dieser Lasten nicht zulasse. Schließlich wurde der Ausschuss-Antrag angenommen. Der Antrag auf Gründung einer Central-Berg-Behörde findet keine Unterstützung.

Deutschland.

Man schreibt aus München: Graf Griffo, der neapolitanische Geschäftsträger dahier, verläßt mit seinem Personale die Stadt und kehrt nach Italien zurück. Dies ist hier, wo die erlauchten Eltern der jungen Königin sich befinden, um so auffällender. Wir wissen nicht, ob der Graf, welcher bedeutende Verluste an seinen Gütern erlitten hat, die neue Regierung anerkennt, oder abberufen wurde.

Der „Köln. Ztg.“ schreibt man von Hannover: Unter den Gesuchen um Aufnahme in den National-Verein, die dem Vorstande bei seiner jüngsten Zusammenkunft vorlagen, befand sich auch eines von Seiten des vertriebenen Herzogs Carl von Braunschweig und ein anderes von einem der Söhne des Kurfürsten von Hessen. Der Vorstand hat Bedenken getragen, sie als Mitglieder zuzulassen.

Die Einberufung des sächsischen Landtags ist für den 1. November beschlossen.

Frankreich.

Paris, 17. Septbr. Ueber die Kaiserreise meldet der „Moniteur“ die Ankunft des Herrscherpaares in Ajaccio auf der Insel Corsica; es versteht sich von selbst, daß der Bonapartismus in diesem Geburtsorte des ersten Napoleon sich bis zur Kaiserin (frénésie) steigerte. „Die Wiege der Dynastie“ war das Stichwort. Polizeipräsident, der große Annerionist, hielt eine begeisterte Rede; aber der Maire von Ajaccio übertrug ihn doch noch, denn er sprach geradezu Unsinn und „sein Stammeln galt als Gesang“. Unbegreiflich ist uns dieser fortwährende Steigerung nicht, denn der „Moniteur“ meldet jeden Tag: „L'enthousiasme des populations a dépassé encore celui d'hier!“ Zu schreiben ist das gar keine Hyperbel, es zu bewerkstelligen aber, und wahr muß es doch sein, es steht ja im „Moniteur“. Das kaiserliche Ehepaar ist am 15. weiter nach Süden unter Segel gegangen, also nach Algier. Die Seereise wird fast 48 Stunden währen und die Ankunft morgen Vormittags erfolgen. Am Freitag soll dann die Rückreise angetreten werden, so daß Ihre Majestäten am 24. d. Mts. Abends wieder in St. Cloud sein können. — Nach Ajaccio ward dem Kaiser von einem Adjutanten des Königs von Sardinien ein Schreiben desselben überbracht. — Man hat in Toulouse auf den Kaiser geschossen, als derselbe im Begriff stand, sich zur Abfahrt in den Hafen zu begeben. Eine neben stehende Frau, welche die gefährliche Bewegung sah, wäre noch im rechten Augenblicke dem Thäter in die Arme gefallen, so daß der Schuß daneben ging. Wer der Attentäter sein soll, wurde mir nicht angegeben; nur sagt man, es sei ein Verrückter gewesen, was auch nicht das Allerwahrscheinlichste ist. — Herr Thouvenel kommt morgen wieder hierher zurück. Es ist wieder ein Ministerwechsel in der Luft. Man spricht von Herrn Persigny als dem möglichen Nachfolger des Herrn Thouvenel und will in der seit den letzten Tagen unverkennbar eingetretenen Besserung der Beziehungen mit England eine Wahrscheinlichkeit dafür erblicken. — Es ist neuerdings die Rede davon, die Zahl der 40 Unsterblichen um 10 zu vermehren. Die neue Promotion soll, wie man versichert, nicht mehr durch die Wahl, sondern durch kaiserliches Dekret erfolgen. In dieser Weise will man der akademischen Fronde entgegen treten, die hinter den grünen Palmen dem Gouvernement von Zeit zu Zeit ein kleines Scharmügel liefert. — Wie ein legitimistisches Blatt „La France Centrale“ erzählt, schrieb der Graf v. Chambord vor einigen Tagen an Herrn Sauzet, um ihm für sein beachtenswerthes Buch über Rom zu danken. Der Brief schließt mit folgenden Worten: „Wie oft rief ich bei dem Lesen aus, wie unser erster christlicher König beim Erzählen der Leidensgeschichte des Herrn: Ach, wenn ich da wäre mit meinen Franken!“

Aus Nizza, 9. Sept. wird geschrieben: Eine kleine Blumenlese aus den politischen Vorkehrungen, welche für die bevorstehende zweitägige Anwesenheit des französischen Kaiserpaars getroffen sind, illuminirt am besten ohne Beihilfe irgend eines Raïonnement, wie unverrücklich das Napoleonische Regime selber an die Glückseligkeit Nizzas wegen seiner Angehörigkeit an Frankreich glaubt, von welcher die hiesige und Pariser Presse nicht genug zu schreiben wissen. Das Kaiserpaar wird im Gouvernementspalast residiren. Mit Anfang dieses Monats sind die Schlüssel der Keller sämtlicher daranstoßender Häuser in Händen der Polizei. Kein Hausbewohner darf ohne Begleitung eines Polizeimannes, welcher öffnet und schließt, einen dieser Keller betreten. Während der Anwesenheit des Kaisers darf bis auf eine gewisse Entfernung kein auf das Gouvernementsgebäude gerichteter Fenster geöffnet werden; außen mit Decorationschmuck überkleidet, werden sie inne zugenagelt. Auf den Victor- oder Victoriaplatz muß ein nicht ganz genau zu überschauendes Gebäude während der Festtage von allen seinen Bewohnern verlassen werden; sie bekommen dafür in Summa 60,000 Frk. Entschädigung. Am Massenaplatz standen in einer Art von Graben mehrere nicht unansehnliche Häuser, die sich nicht vollkommen überwachen ließen; sie sind rasirt und an der vollständigen Planung der Terrains arbeiten Tausende Alltags wie Feiertags, auch die Nacht hindurch. Blumenwerfen wie die Ueberreichung von Blüthenschriften bei öffentlichen Ausfahrten der Majestäten ist strengstens verboten; mehrere kleine Nebenstraßen sind für die Festtage, besonders aber für die Illuminationsabende dem Verkehr gänzlich gesperrt. Außerdem wurden mehr als 200 Personen der mittleren und vornehmeren Klassen für die Zeit des Kaiserbesuchs aus der Stadt und ihrer Umgebung verbannt, ohne Angabe eines Grundes, ohne nur erdenkliche Veranlassung. Viele mußten schon vor mehreren Tagen abreisen, Anderen, welche zu den Festen von Turin z. hierherkommen wollten, wurden bedeutet es zu unterlassen, da sie unfehlbar zurückgewiesen oder auch arretirt werden würden. Das sind die Vorbereitungen zu dem „unermesslichen Jubel und unbeschreiblichen Enthusiasmus“, womit Nizza, wie unsere Presse versichert, dem Einzuge des Kaisers entgegenharrt.

Portugal.

In Lissabon hat abermals die vor Kurzem erfolgte Ankunft mehrerer Französischer barmherziger Schwestern (soeurs de la charité) den liberalen Parteien verschiedener Schattirung den willkommensten Anlaß zu einer großen Agitation gegeben, die von den betreffenden Journalen gründlich ausgebeutet worden ist. Man setzte auf gestern im Passeio publico, einer öffentlichen Promenade, ein großes „Meeting“ an, doch statt der angesagten 3- bis 5000 Theilnehmer fanden sich, zur großen Betrübnis besagter Schreiber, kaum 200 Personen ein, von denen sich, o Jammer, noch nicht ein Duzend bewegen ließ zur Unterzeichnung einer ausgelegten Adresse. In dieser sollte das liberale Portugal nichts Anderes, als die sofortige Landesverweisung der barmherzigen Schwestern u. dgl. m. fordern.

Italien.

In der Lombardei haben die Gemeinden einen neuen Beweis piemontesischer Munificenz erhalten; die früher von der Regierung bezahlten, sehr ansehnlichen Unterhaltungskosten der Real- und Volksschulen müssen fortan von den Gemeinden selbst bestritten werden. Die unmittelbare Folge dieser Maßregel wird die Aufhebung vieler Schulen sein.

Der Corriere Mercantile meldet, daß man in Neapel Alles aufbiete, um die Armee beisammen zu behalten. Eben so habe man die Beamten in den Provinzen auf ihrem Posten gelassen. Die bei Pesaro gefangen genommenen „Destreicher“ sind bereits in Alessandria eingetroffen. Mg're. Bella wurde als Kriegsgefangener nach Turin geführt und im Palast Mabonna untergebracht. Derselbe wurde nämlich, wie Espéro meldet, in Uniform und zu Pferde bei den Truppen betroffen und gefangen genommen. Die neapolitanische Flotte soll schon bis zum 15. vor Ancona eintreffen, wie Espéro wenigstens wissen will. Auch dem Journal des Debats wird geschrieben, daß die Flotte unter Persano unterwegs nach Ancona sei und auch Ciadini Befehl habe den Platz, so schnell wie irgend möglich zu nehmen, damit die Einverleibung rasch eine vollbrachte Thatsache werde. Garibaldi's Proclamation wegen Verfassung der Einverleibung Siciliens und Neapels hat in Turin um so schmerzlicher überrascht, da man geglaubt hatte, er werde jetzt mit Savour Hand in Hand gehen. Bertani's Ernennung zu dem wichtigen Posten des General-Secretärs des Dictators in Neapel, so wie Crispi's Ankunft dafelbst, werden gleichfalls als sehr bedenkliche Thatsachen betrachtet. Auf Sicilien wird Depretis jetzt ganz von der „Partei der That“ bevormundet.

Das „Giornale di Roma“ erwähnt der aufständigen Bewegungen in Umbrien und den Marken und sagt sodann: „Die traurige Wahrheit von neuen flagranten Attentaten nach Rachtheil der Staaten des h. Stuhles dringt zu Tage. In Folge der Konzentrirung piemontesischer Truppen in der Richtung der Catolica und an den Toscanischen Grenzen haben sich Banden von Emigranten und Insurgenten in jenen Gegenden vereinigt. Am 8. d. M. kurz nach 7 Uhr Morgens ist eine jener Horden, aus etwa 600 Mann bestehend und von einem sogenannten Major befehligt, von der Romagna her zu einem Angriff auf die Stadt Urbino vorgerückt, deren Garnison nur aus einer geringen Anzahl Gendarmen mit weniger Hilfsmannschaft bestand; die Horde entwarfene den Posten an einem Stadthore und stürzte nach dem großen Platz der Stadt. Dort entspann sich ein Kampf zwischen den

wenigen Gendarmen und den Einbringenden, während ein kleines Detachement von Hilfsmannschaft auf dem Delegationsplatze ein Feuer gegen diejenigen eröffnete, welche die bereits im Handgemenge befindliche Gendarmarie im Rücken zu fassen trachtete. Der Kampf dauerte zwei Stunden; auf beiden Seiten kamen einige Verluste vor. Nachdem jedoch die päpstlichen Soldaten von der bei Weitem überwiegenden Zahl der Revolutionäre übermannt waren, zogen sie sich zurück, konnten aber ihre Waffen mitnehmen und sich in Pesaro konzentriren. Bald darauf, noch am selben Tage, zog die Horde gegen Fossombrone und hatte so vielleicht den Gedanken an einen Handstreich auf Fano aufgegeben, das mit Artillerie und einer hinlänglichen Garnison versehen war. Mittlerweile traf auch die Nachricht von einigen Insurrektionsversuchen in Pergola ein. Eine zweite, aus Cortona im Toscanischen mittlerweile eingedrungene an 500 Bewaffnete zählende Bande hatte sich auf Città della Pieve geworfen, wo nur zehn Gendarmen lagen. Diese wehrten sich mit wahrhaftem Heldenmuth; zwei von ihnen blieben todt auf dem Platz, drei wurden verwundet, vier gefangen und nur der letzte konnte zu Pferde davoneilen, um Verstärkung zu holen. Eine unbekannte, von fremdem Impuls geleitete Hand hat in ruchloser Absicht die Leitung der Telegraphendrähte unterbrochen; darum konnten diese Nachrichten vom Sten erst am Sten dem General en chef zukommen, der sofort hinreichende Streitkräfte an jene Orte zur Unterdrückung und Bestrafung solcher Attentate abschickte.“

Türkei.

Aus Pera, 7. Sept. schreibt man der „Trierer Ztg.“: Um den dringenden Verlegenheiten bezüglich des so lange rückständigen Soldes abzuwehren, hat Niza Pascha dem Staate 5 Millionen Piaster vorgeschossen. Das Haus Posse, welches das Geld herbei schaffte, erhielt als Depositum 10 Millionen türkischer Staatspapiere zum Cours mit der Bedingung, dieselben veräußern zu können, wenn ihr Werth auf die geliebene Summe herabgehen sollte. Ein Adjutant Ismail Pascha's (Kmetz's), der vor einigen Tagen von Beirut hier ankam, versicherte, daß die ganze Bevölkerung des Gebirges in den Waffen stehe mit der entschieden ausgesprochenen Absicht, die Fremden, wenn sie in das Innere des Landes vordringen, zu vernichten. — Der englische Gesandte hat die Absetzung Niza's im Laufe dieser Woche nicht nur wiederholt verlangt, sondern sogar die Ernennung Dmer Pascha's zum Kriegsminister gefordert. Der Großherr, so wie das ganze Ministerium sind deshalb gegenwärtig mit dem Vertreter Englands auf gespanntem Fuße, und ich kann verbürgen, daß Ali Pascha und der Sultan selbst ihm zu verstehen gegeben, daß es dem Gesandten einer befreundeten Macht zwar zustehe, hier und da guten Rath zu ertheilen, daß aber die Selbstständigkeit des Regenten unter Null sinken müsse, wenn diese Rathschläge in Befehle umschlagen.

Amerika.

Aus New-York 6. Sept. wird geschrieben: In Toronto und Kingston haben ernsthaft orangefarbene Krawalle statt gefunden, weshalb der Prinz von Wales in Kingston nicht ans Land stieg. — Am 24. August ertönte zu Truxillo (Honduras) Kanonendonner, und man erklärt sich die Sache dadurch, daß ein gemeinsamer Angriff einer britischen Fregatte und der Streitkräfte von Guatemala statt gefunden habe. Laut Berichten aus Mexico ist Miramon von Degollado vollständig auf's Haupt geschlagen worden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Kraukau, 20. Sept.

Protocoll der am 1. Juni l. J. abgehaltenen Sitzung der Handelssektion der Kraukauer Handels- und Gewerbeammer. — Vorsitz: Hr. Vincenz Kirchmayer.

Die Handelssektion der Handels- und Gewerbeammer versammelte sich mit Zugrundelegung der Bestimmungen des §. 7 des Gesetzes vom 20. März 1850 und erörterte nachfolgende Gesandtheiten:

I. Der Kammersecretär verlas die Zuschrift der k. k. galizischen Hofdirection zu Lemberg vom 18. April l. J. 3. 3034, bezüglich der über das Ansuchen der Kammer vom 3. September 1850, 3. 355 verfügten Beförderung der Briefpost nach Preußen mit dem täglich um 9 Uhr 45 Minuten früh von Kraukau nach Mährisch-Trübau abgehenden gemischten Eisenbahnzuge, welche Maßregel bereits mit 1. Mai l. J. in's Leben getreten war.

II. In Gemäßheit des Erlasses der k. k. Landesregierung vom 29. April l. J., 3. 12151, wurde die Erröhrung des neuen Statutenentwurfes der Kraukauer Handels-Gewerbeammer, welchen dieselbe laut Vorschrift des §. 127 der Gewerbeordnung vom 20. December 1850 hohen Orts vorgelegt hatte, vorgenommen.

Nach einer die Verhandlung eröffnenden Ansprache des Kammerpräsidenten Hrn. Vincenz Kirchmayer, welcher darin die Nothwendigkeit jener, der Kammer aufgetragenen Erröhrung mit Hinblick auf die Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 20. December 1850 und unter Hinweisung auf die Unvermeidlichkeit der Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse darlegte, beantragte das Kammermitglied Hr. Ludwig Höfel von Stern ein in der Vorlesung des gedachten Entwurfes zum Behufe der allen Versammelten nöthigen Kenntnisaufnahme von dessen Inhalt.

Nach Vorlesung des Statutenentwurfes durch den Kammersecretär, beleuchtete das Kammermitglied Hr. von Höfel die Umstände der Annahme desselben seitens der Handelscongregation. Er fügte hinzu: daß seinem Dafürhalten nach die Prüfung des fraglichen Entwurfes bezüglich dessen Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften eigentlich nicht im Wirkungskreise der Kammer liege, vielmehr ein ausschließliches Attribut der Regierungsbefehde bilde.

Der Gesandmann Hr. Valerian von Bielozitzki war hingegen anderer Ansicht. Er bemerkte: daß die Aufrechterhaltung des Entwurfes in vorliegender Fassung eine Unmöglichkeit sei, und zwar wegen Collidation der darin zu Tage tretenden Principien mit den Grundgesetzen des Gewerbegesetzes, welches bekanntlich die freie Entwicklung der Gewerbe anstrebe. Er meinte: daß der bemeldete Entwurf durchgehenden und jener Modifikation unterzogen werden müsse, deren Nothwendigkeit die Kammer der k. k. Regierung aus einander zu setzen für angemessen erachte.

Der Kammerpräsident beantragte darauf in Erwägung der Schwierigkeit der Erröhrung jenes Entwurfes in pleno (der einander widerstrebenden Ansichten halber) die Delegation eines Co-

mités, welches den besagten Entwurf näher zu prüfen und der Kammer bezüglich seines Inhalts ein begründetes Gutachten abzugeben habe würde. Die Versammlung pflichtete der Ansicht des Präsidenten bei und lud zu dem beantragten Comité drei Beordnete aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit ein: nämlich die Hrn. Ludwig Höfel von Sternlein, Hierich Mendelssohn und Valerian von Bielozitzki.

III. Das Kammermitglied Hr. Hierich Mendelssohn stellte einen Antrag bezüglich Erneuerung des Ansuchens bei den k. k. Behörden wegen Gleichstellung des österreichischen von dem polnischen nach Krakau eingeführten Getreide bezogenen Zolles mit der preussischen von eben jenem Getreide eingehobenen Einfuhrzollgebühr. Die Versammlung beschloß in Erwägung der Wichtigkeit dieses bereits in den Sitzungen vom 24. März, 11. August und 22. September 1850; ferner vom 31. October und 31. December erörterten Antrags, zudem mit Rücksicht auf die vom Antragsteller angeführten Umstände, welche zur Beleuchtung des Gegenstandes von neuer und bisher ungenannter Seite beitrugen, das diesfällige Ansuchen beim k. k. Finanzministerium zu erneuern.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Paris, 18. September. Schlusscourse: Perzentige Rente 67 90. 4 1/2 p. 95.85. — Staatsbahn 465. — Credit-Mobilier 676. — Lombarden 466. — Oester. Cred. Aktien 330.

London, 18. September. Consols (Schluss) 93 1/2. — Wechsel-Kurs auf Wien fehlt. — Lombard-Premie 1 1/16. — Stille.

Wien, 19. Septemb. National-Anlehen zu 5% 74.50 Geld 74.70 Waare — Neues Anlehen 88. — G. 88.75 B. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 65.50 G. 66. — B. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 738. — G. 740. — B. — der Credit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 167.80 G. 168. — B. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1788. — G. 1790. — B. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. CM. m. 120 (60%) Einz. 154.50 G. 155. — B. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 114. — G. 114.20 B. — London, für 100 Pfd. Sterling 133.15 G. 133.30 B. — K. Münzdukaten 6.37 G. 6.38 B. — Kronen 18.33 G. 18.40 B. — Napoleons'or 10.64 G. 10.65 B. — Russ. Imperiale 10.97 G. 10.98 B.

Kraukauer Cours am 19. September. Silber-Rubel Agio fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 geg. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 341 verlangt, 335 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. österr. Währ. 74 1/2 verlangt, 73 1/2 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 135 verlangt, 133 bezahlt. — Russische Imperiale fl. 11. — verl., 10.80 bezahlt. — Napoleons'or fl. 10.75 verlangt, 10.55 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.35 verl., 6.25 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.40 verl., 6.30 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 100% verl., 100 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 87 1/2 verl., 86 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 68 1/2 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 75 verlangt, 73 1/2 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60%, fl. österr. Währ. 158 verl., 156 bez.

Neueste Nachrichten.

Nach einer telegraphischen Depesche aus Turin vom 18. September, hat die Citadelle von Spoleto capitulirt, die Garnison, 500 Mann stark, wurde zu Gefangenen gemacht. Die Zahl der päpstlichen Gefangenen beträgt bei 5000 Mann. Die telegraphische Linie wurde von Piemont bis Perugia und Sinigaglia wieder hergestellt. Der Senatvizepräsident Passolini wurde zum Gouverneur in Mailand ernannt. Die Deputirten Ferrari und Cavalleri werden zu Garibaldi abgehen, um wegen Uebergabe der neapolitanischen Flotte an Persano Erklärungen zu verlangen.

Aus dem Kirchenstaate wird berichtet, daß in Perugia die Schweizer gegen eine ungeheure Uebermacht sich so lange wie nur irgend möglich auf's tapferste schlugen. Sie vertheidigten Straße um Straße, Haus um Haus, bis sie in die Citadelle (bloß ein alterthümliches Schloß) gedrängt worden, die gegen die piemontesische Artillerie nicht zu halten war.

Die „A. A. Z.“ bringt folgende telegraphische Berichte:

Neapel, 15. September. General Garibaldi erwiderte so eben den Besuch des englischen Admirals an Bord des „Hannibal“, der englische Gesandte Elliot wohnte der Unterredung bei. Zwei eben erschienene Decrete verfügen die Ausweisung der Jesuiten und die Einziehung der geistlichen Güter überhaupt. Alle Gesandten mit Ausnahme des englischen und des französischen, sollen gegen die Ausweisung sardinischer Truppen protestirt haben.

Turin, 17. September. So eben ist Graf Frecci nebst dem Dr. Brambilla mit einem Brief Garibaldi's an den König angekommen; ferner sind die Generale Ribotti und Munziani eingetroffen. Die „Turiner Zeitung“ versichert, daß dem König Franz II. noch 40.000 Mann seiner besten Truppen treu geblieben sind, die zwischen Capua und Gaeta stehen, nachdem sie die Wahl hatten, entweder nach Hause zu gehen oder dem König zu folgen.

Genua, 17. September. Carl Cattaneo und Peter Leopoldi wurden zu Gefandten der Regierung beider Sicilien ernannt, ersterer in London, letzterer in Turin. Die sicilianische Regierung ernannt also eigene Gesandte, sogar nach Turin.

Aus Paris, 17. d., meldet man: Die „Patrie“ sagt, es sei unrichtig, daß zu Subiaco, Tivoli und Albano Unruhen stattgefunden hätten. Man trifft große Vorbereitungen in Neapel, wo Kossuth erwartet wird. Das vom Viceadmiral Persano befehligte Geschwader ist um das Cap Spartivento gefahren und begibt sich von Neapel nach Ancona (wo es bereits angekommen ist). Die „Patrie“ versichert, Oesterreich werde einen Protest gegen die letzten Ereignisse, deren Schauplatz Mittel-Italien gewesen ist, an die Mächte richten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczet.

Verzeichniß der Angenommenen und Abgereichten vom 10. September 1860.

Angenommen sind die Herren Gutsherren: Hippolit Cholodniowski aus Lemberg, Jakob Turan aus Dobzycz, Labidans Mierozewski aus Polen. Anton Wranowski aus Russland. Abgereicht sind die Herren Gutsherren: Josef Graf Stadnicki nach Polen. Alberti Brandts nach Kalwaria. Stanislaw Bene nach Miegowice. Josef Mitkowi nach Polen. Anton Sobolewski nach Lemberg. Gajor Puzilowski nach Zawada. Anton Mikasowski, Gerichts-Rath nach Czestawa.

